



**Expertenworkshop der EU-Grundrechteagentur: Gruppenleiter Wilhelm Sandrisser (BMI), Innenministerin Johanna Mikl-Leitner, FRA-Direktor Michael O'Flaherty, Friso Roscam-Abbing (FRA).**

## Toolbox für Toleranz

**Kommunikationsstrategien zum Thema Grundrechte und Werte waren Schwerpunkt eines Expertenworkshops am 14. und 15. Dezember 2015 in der EU-Grundrechteagentur in Wien.**

Experten des Bundesministeriums für Inneres (BMI) befassen sich seit Jahren in EU-Gremien und auf multilateraler Ebene mit der besseren Vermittlung von Grundrechten und Werten als Instrument einer gesamtheitlichen Sicherheitspolitik.

Die Staats- und Regierungschefs der 28 EU-Mitgliedstaaten forderten nach den Anschlägen in Paris und Kopenhagen im Jänner 2015 die Entwicklung von „Kommunikationsstrategien zur Förderung der Toleranz, der Nichtdiskriminierung, der Grundfreiheiten und der Solidarität in der gesamten

EU“ (Erklärung vom 12. Februar 2015). Nach den Pariser Anschlägen vom 13. November 2015 sind die EU-Mitgliedstaaten und die EU-Institutionen mehr denn je gefordert, gemeinsam und koordiniert einen gesamtheitlichen sicherheitspolitischen Ansatz anzuwenden, der nicht nur die Abwendung unmittelbarer Bedrohungen im Fokus hat, sondern bereits dem Entstehen eines die Sicherheit gefährdenden Umfelds vorbeugt.

**Kommunikationsstrategien.** Zum zweiten Mal nach der Expertenkonferenz „Integration, Grundrechte und

Europäische Werte“ am 11. Dezember 2012 organisierten das BMI und die EU-Grundrechteagentur (*Fundamental Rights Agency – FRA*) eine gemeinsame Veranstaltung zum Thema Vermittlung von Grundrechten und Werten. Ziel des Workshops vom 14. und 15. Dezember 2015 war die Ausarbeitung von Elementen für eine „Toolbox“ zur Kommunikation von Grundrechten und Werten. Diese „Toolbox“ soll sich an Kommunikationsexperten und andere Multiplikatoren, wie Lehrer, Exekutivbeamte und Sozialarbeiter richten und dazu beitragen, das friedliche Zu-

sammenleben von Menschen in Europa auf der Basis der Grundrechte zu vermitteln und damit die Sicherheit zu fördern.

Dr. Wilhelm Sandrisser, Leiter der Gruppe „Sicherheitspolitik, Internationales, EU, Öffentlichkeitsarbeit“ im BMI, und Friso Roscam-Abbing, Leiter der Abteilung für Kommunikation in der Grundrechteagentur, leiteten den Workshop, der vom Referat für EU-Grundsatzfragen im BMI und der FRA vorbereitet worden war. Teilnehmer waren 44 Expertinnen und Experten aus EU-Mitgliedstaaten, EU-Institutionen, internationalen Orga-

nisationen, lokalen und nationalen Behörden sowie Vertreter von NGOs und Praktiker, die mit Rassismus, Extremismus und Radikalisierung befasst sind. Die Experten brachten in Kleingruppen ihre Erfahrungen und ihr Know-how ein. Sie berieten in Arbeitsgruppen unter anderem über die Frage, was und an wen zu kommunizieren sei sowie über die Entwicklung maßgeschneiderter Kommunikationstools. Die Notwendigkeit der Schaffung eines positiven europäischen Narrativs wurde dabei ebenso hervorgehoben wie der praktische Mehrwert der Ausarbeitung eines „Grundlagen-Werkzeugkastens“ (*Basic Toolkit*) für eine praxisnahe Vermittlung von EU-Werten, aufbauend auf den Grund- und Freiheitsrechten der EU-Grundrechtecharta.

Die Teilnehmer des Expertenworkshops kamen zum Schluss, dass übergeordnetes Ziel einer effektiveren Kommunikation die Gestaltung inklusiver Gesellschaften in einem grundrechtlichen Rahmen sein sollte. Die Vermittlung der Grundrechte und Werte solle aber nicht „von oben herab“ erfolgen, sondern in einem Dialog mit den Zielgruppen, wie Menschen mit Migrationshintergrund, Jugendliche, religiöse Führer oder Medienmitarbeiter.

„Wenn Grundrechte und Grundfreiheiten als gemeinsame Grundlage für das Zusammenleben verstanden und respektiert werden, führt das zur Stärkung des sozialen Zusammenhalts und dadurch auch zur Stärkung der inneren Sicherheit“, sagte Innenministerin Mag.<sup>a</sup> Johanna Mikl-Leitner beim Abendempfang im Anschluss an den Expertenworkshop im Beisein des neuen Direktors der EU-Grundrechteagentur, Michael O’Flaherty, und der Ex-

perten des internationalen Workshops. „Inklusive Gesellschaften sind das beste Mittel zur Vorbeugung von Xenophobie, Extremismus, Radikalisierung und Terrorismus“, betonte Mikl-Leitner.

**Weitere Initiativen.** Der Workshop über die Entwicklung von Kommunikationsstrategien war der Startschuss für eine Reihe weiterer Initiativen auf europäischer und internationaler Ebene: Während der niederländischen Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2016 wird Österreich im Rat der EU das Thema vorantreiben und die Ergebnisse des Workshops im Rat der EU präsentieren. An der Entwicklung und Annahme von Schlussfolgerungen des Rates über Kommunikationsstrategien wird ebenfalls gearbeitet.

Im Juni 2016 veranstaltet die Grundrechteagentur in Wien das „Fundamental Rights Forum“ mit rund 400 Expertinnen und Experten aus der ganzen Welt. Unter Federführung des BMI wird Ende 2016 eine Ministerkonferenz in Sarajevo abgehalten werden, bei der sowohl Innen- und Justizminister als auch Außenminister der Staaten der Region über die Förderung einer inklusiveren Gesellschaft als Beitrag zur Vorbeugung und Bekämpfung von Extremismus und Radikalisierung beraten sollen. Die erste „Sarajevo-Konferenz“ (am 28. und 29. April 2010), in der die „Sarajevo Declaration on Intercultural Dialogue and Internal Security“ diskutiert und angenommen wurde, war die Grundlage für die nachfolgenden internationalen Aktivitäten Österreichs zur Förderung der Grundrechte und Werte im Zusammenhang mit Aspekten der inneren Sicherheit.

*Antonio-Maria Martino*